



**Eröffnungsrede zum parlamentarischen Abend der ak.mas
am 19. Februar 2019**

(Thomas Rühl, Sprecher Mitarbeiterseite AK Caritas)

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

sehr geehrter Herr Präsident Neher,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Böhning,

liebe Sylvia Bühler,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gäste,

die Politik hat sich des Themas Altenpflege intensiv angenommen. Das ist gut so. Allerdings werden zentrale Problemfelder nicht systematisch und stringent genug angegangen. Das gilt insbesondere für die zukünftige Finanzierung der professionellen Altenpflege. Darüber wollen wir heute Abend mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Herrn Prälat Prof. Dr. Peter Neher. Herr Dr. Neher, vielen Dank, dass Sie sich Zeit für uns nehmen und ein Grußwort sprechen.

Wir freuen uns, dass Herr Staatssekretär Björn Böhning aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales unsere Einladung angenommen hat. Herr Böhning, über die nun bereits mehrjährige Präsenz Ihres Hauses auf unserem Abend freuen wir uns sehr.

Herzlich willkommen sage ich auch Sylvia Bühler aus dem ver.di-Bundesvorstand. Liebe Sylvia, Dein großes Engagement für die Beschäftigten in der Altenpflege ist in der Politik bekannt. Wir danken Dir, dass Du unserer Einladung wieder gefolgt bist.

Ich schließe den Begrüßungsreigen mit der Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen, Renate Müller, und dem Vorsitzenden der Zentral-Koda-Mitarbeiterseite, Thomas Schwendele. Liebe Renate,

lieber Thomas, auch Euch beiden ein herzliches Willkommen! Ich freue mich, dass die Mitarbeiterseiten der paritätisch besetzten Kommissionen der katholischen Kirche und ihrer Caritas präsent sind.

Meine Damen und Herrn, die Altenpflege ist ein gesellschaftliches Megathema, das alle Generationen bewegt. Das ist gut und richtig so. Leider sind die mediale Berichterstattung und die politische Debatte überwiegend negativ. Das schürt Ängste bei älteren Menschen und schreckt junge Menschen vom Beruf Altenpflege ab.

Eine Versachlichung der Pflegedebatte ist genauso geboten, wie ein zuversichtlicher Blick in die Pflegezukunft. Die Botschaft muss lauten: Wer die Altenpflege stärkt, der stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Lassen Sie uns heute Abend mit einer sachlichen Debatte dazu beitragen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist zu begrüßen, dass Politik und Verbände nunmehr die längst fällige Grundsatzdebatte zur Finanzierung der Pflegeversicherung führen. Wir vermissen allerdings klare Aussagen darüber, wie die Pflegeversicherung zu einer beitragsfinanzierten Pflegevollkostenversicherung weiter entwickelt werden kann.

Wir fordern eine Pflegevollkostenversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten. Die Beitragslasten müssen auf viele Schultern verteilt werden, um eine finanziell leistungsfähige Versichertengemeinschaft zu schaffen und zugleich den einzelnen Beitragszahler nicht zu überfordern.

Derzeit bezahlen das Pflegepersonal mit seinen zu niedrigen Gehältern und die Pflegebedürftigen mit ihren zu hohen Eigenanteilen maßgeblich die Pflegeplätze. Dieser Zustand ist untragbar. Die Pflegeversicherung hat mit ihren Leistungsbeträgen für die Pflege geradezustehen. Sie muss auch das Risiko von Kostensteigerungen tragen. Derzeit wird das Kostenrisiko auf das Pflegepersonal und die Pflegebedürftigen abgewälzt.

Ein Beitragssatzanstieg in der Pflegeversicherung ist aus unserer Sicht unvermeidbar. Jeder Mensch trägt das Risiko der Pflegebedürftigkeit in sich. Unsere Gesellschaft muss sich Rechenschaft darüber abgeben, wie viel ihr eine gute Pflege wert ist.

Die Pflegequalität steht und fällt mit dem Pflegepersonal. Das kann man gar nicht oft genug betonen. Eine Finanzreform der Pflegeversicherung muss ganz im Zeichen der Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen in der Altenpflege stehen.

In Sachen Personalbemessung ist es auffallend still geworden, wenn es um konkrete Maßnahmen geht. Die Diskussion um die Erprobung eines bundeseinheitlichen Personalbemessungsverfahrens ist weitgehend verstummt. Ich frage unsere Gäste aus dem Bundestag und den Ministerien: Was ist aus dem in Gang gesetzten Prüfverfahren geworden? Wann sehen wir Ergebnisse?

Liebe Gäste, der föderale Flickenteppich bei der Personalbemessung und deren Refinanzierung ist fachlich nicht erklärbar. Die Bundespolitik muss Druck machen, die erforderliche Personalstärke bundeseinheitlich zu bestimmen.

Meine Damen und Herren, die Erwartungen der Pflegekräfte an den Staat sind hoch. Erwartet wird eine flächendeckende Verbesserung der Einkommen. Diese Aufgabe kann der Staat nicht allein lösen. Er braucht dafür die konstruktive Mitwirkung der tarifpolitischen Akteure.

Ein für allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag für die Altenpflege muss endlich kommen! Das, meine Damen und Herren, sind wir den Beschäftigten in der Altenpflege schuldig. Ich fordere alle Akteure, die seit Jahren das Projekt „Bündnis für fairen Wettbewerb in der Pflege“ diskutieren, auf, ihre organisationsegoistischen Überlegungen zurückzustellen und endlich zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen.

Sonst ist das Projekt gescheitert. Und das, meine Damen und Herren, können wir uns nicht leisten.

Abschließend wende ich mich mit einem Appell an die Große Koalition: Werden Sie bei der Einschränkung befristeter Arbeitsverträge wieder aktiv! Gerade die Beschäftigten in der Altenpflege brauchen sichere Arbeitsplätze, und zwar von Anfang an. Setzen Sie mindestens das um, was Sie selbst vereinbart haben. Was im Koalitionsvertrag steht, muss Realität werden – das sind Sie den Wählerinnen und Wählern schuldig!

Berlin, 19.02.19